

Schwangerschaftsabbruch-Infosstelle (ehem. SVSS)

Grabenstr. 21, 3052 Zollikofen / Schweiz

Tel. (+41) 031 911 57 94

e-mail: arey@svss-uspda.ch

www.svss-uspda.ch

Nein zum Rückschritt

Anne-Marie Rey

Medienkonferenz, 29. Mai 2012

Vor 10 Jahren wurde die Fristenregelung mit überwältigendem Mehr vom Volk angenommen, sie beinhaltete auch die Verpflichtung für die Krankenversicherung, Schwangerschaftsabbrüche zu bezahlen. Herr Föhn verkauft also das Volk für dumm, wenn er behauptet, es wisse nichts von dieser Verpflichtung. Am gleichen Tag wurde aber auch die extreme Abtreibungsverbots-Initiative „Für Mutter und Kind“ mit 82% Nein abgeschmettert. Schon kurz danach verkündeten die Initianten, sie überlegten sich die Lancierung einer neuen Volksinitiative mit dem Ziel, die Zahlungspflicht der Krankenkassen für Schwangerschaftsabbrüche abzuschaffen. Es hat immerhin 8 Jahre gedauert, bis sie zur Tat schritten. Hinter der Initiative „Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache“ stehen die gleichen Leute wie damals. Ihre Argumente sind die gleichen wie damals.

Ihr eigentliches Ziel ist nicht die angebliche Einsparung von Kosten für die Krankenversicherung – was ohnehin ein Nullsummenspiel wäre und nur Frauen aus den am meisten benachteiligten Schichten treffen würde. Vielmehr geht es ihnen darum, Hürden aufzubauen und den Schwangerschaftsabbruch sowie die Frauen, die sich dafür entscheiden, zu stigmatisieren. Es geht ihnen um moralische Verurteilung.

Unsere Kampagne bezweckt zwei Dinge:

- Erstens wollen wir die Fakten in Erinnerung rufen, denn viele Menschen, insbesondere der jüngeren Generationen, haben keine Kenntnis mehr wie es früher war und was wir der Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs zu verdanken haben.
Fakt ist: Noch Ende der 1960er Jahre wurde die Zahl der illegalen Abtreibungen in der Schweiz auf mindestens 20'000 geschätzt. Es gab Todesfälle und jährlich wurden rund 100 Frauen verurteilt. Das alles war dank der allmählichen Liberalisierung schon in den 90er Jahren Vergangenheit. Und dank guter Verhütung und Sexualerziehung ist auch die Zahl der legalen Abbrüche von damals 16'000 auf heute 10-11'000 gesunken. Entgegen den Prophezeiungen aus Gegnerkreisen ist sie infolge der Fristenregelung nicht angestiegen. Es gab in unserem Land noch nie so wenige Abtreibungen wie heute.
- Zweitens wollen wir der, von den Abtreibungsgegnern angestrebten Stigmatisierung entgegenzutreten, das Tabu, das den Schwangerschaftsabbruch immer noch umhüllt, durchbrechen. Wir wollen zeigen, dass eine ungewollte Schwangerschaft im Leben jeder Frau vorkommen kann, trotz Verhütung. Schwangerschaftsabbruch ist ein „fact of life“, es gehört zum Leben dazu. Und es ist nichts, worüber eine Frau sich zu schämen braucht. Niemand ist gefeit vor einem Unfall – nichts anderes ist eine ungewollte Schwangerschaft. Und niemand darf deswegen diskriminiert werden.

Wir wollen kein Zurück zu Wucherpreisen, zu Diskriminierungen, kein Zurück zu Pfuscherabtreibungen. Wir wehren uns gegen die moralische Verurteilung von Frauen, die nicht ja sagen können zu einer ungewollt eingetretenen Schwangerschaft. Im Interesse der Gesundheit der Frauen und ihres Selbstbestimmungsrechts wollen wir kein Zurück von den in jahrzehntelangen politischen Auseinandersetzungen erkämpften Errungenschaften der Fristenregelung. Wir wissen uns im Kampf gegen die neue, unter fadenscheinigen Argumenten kaschierte Attacke aus der Ecke der extremen Abtreibungsgegner durch breiteste Kreise aus Politik, Fach-, Frauen- und Jugendorganisationen sowie Gewerkschaften unterstützt.

Am kommenden 2. Juni werden wir diese Diskussion an einem Anlass zum 10. Jahrestag der Abstimmung über die Fristenregelung, vertiefen und die Allianz gegen das rückwärts gerichtete Ansinnen mit einer breit abgestützten Resolution bekräftigen.